

Medienmitteilung, 15. Januar 2020

Analyse zeigt: Mittelstand leidet auch im Baselbiet unter zu hohen Mieten

Der Mieterinnen- und Mieterverband Baselland und Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz haben eine Analyse zum Baselbieter Mietwohnungsmarkt vorgelegt: Die Quote der leerstehenden Wohnungen ist tief und liegt unter dem Schweizer Durchschnitt – zusätzlich sind die Mieten im Baselbiet hoch, höher als im Schweizer Durchschnitt. Daraus ergibt sich ein deutlicher Handlungsbedarf, weil die Mieten der grösste Ausgabenposten der Haushalte darstellen und für tiefe Einkommen und den Mittelstand eine grosse Belastung darstellen. Die beiden Organisationen schlagen daher sieben Massnahmen für die kantonale Ebene vor, welche im Landrat eingereicht werden. So kann mehr zahlbarer und vor allem genossenschaftlicher Wohnungsbau entstehen, da dort die Mieten bis zu einem Viertel tiefer liegen. Daneben ist ein Ja zur eidg. Volksinitiative «Mehr zahlbare Wohnungen» nötig.

Urs Thier, Geschäftsleiter des Baselbieter Mieterinnen- und Mieterverbands, erläuterte die Gründe für die ständig steigenden Mieten. Darunter fallen die Marktmacht der Vermieter aufgrund der tiefen Leerstände, die Liegenschaftssanierungen, der tiefe Anteil an gemeinnützigen Wohnbauträgern, fehlgeleitete Quarterplanungen und allgemein die fehlende Baselbieter Wohnbaupolitik. Urs Thier brachte das Problem auf den Punkt: «Die Mieten steigen schweizweit, im Baselbiet sind sie bei allen Wohnungsgrössen aber höher als im schweizweiten Durchschnitt. Der Handlungsbedarf ist deutlich vorhanden.»

Ivo Balmer, Vorstandsmitglied von Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz, wies auf den Vorteil der gemeinnützigen Wohnbauträger hin: «Die Mieten sind in Genossenschaften sind bis zu einem Viertel tiefer.» Der Grund liegt darin, dass Genossenschaften dauerhaft zur Kostenmiete vermieten und mit ihren Liegenschaften nicht spekulieren.

Adil Koller, Vorstandsmitglied des Mieterinnen- und Mieterverbands, zeigte die konkreten Handlungsfelder auf kantonaler Ebene auf, damit auch im Baselbiet zahlbarer Wohnraum entstehen kann. Insgesamt liegen sieben Vorstösse vor, welche koordiniert im Landrat eingereicht werden. Gefordert wird eine Baselbieter Stiftung für zahlbaren Wohnraum, welche Grundstücke aufkaufen und im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben werden sollen. Die geforderten 30 Mio. kommen aus dem bisherigen Wohnbaufonds. Weitere Massnahmen sind die Transparenz bei Mietzinsanpassungen («Formularpflicht»), die Erweiterung der statistischen Grundlagen, ein Vorverkaufsrecht für Standortgemeinden bei kantonalen Immobilien, sowie Beratungsangebote, Projektentwicklungsdarlehen und Ausbau von Bürgschaften für gemeinnützige Wohnbauträger.

Urs Thier, Geschäftsleiter Mieterinnen- und Mieterverband Baselland
061 555 56 53

Ivo Balmer, Vorstandsmitglied Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz
077 418 81 40

Adil Koller, Vorstandsmitglied Mieterinnen- und Mieterverband, Landrat SP
079 222 03 55